



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr (kostenloses Sozialticket für Bedürftige)
(Kap. 09 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG „Öffentlicher Personennahverkehr (kostenloses Sozialticket für Bedürftige)“ mit einer Verpflichtungsermächtigung von 40.000,0 Tsd. Euro für das Jahr 2020 ausgebracht.

Begründung:

Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln sollen nicht in ihrer unmittelbaren Mobilität und der Nutzung des ÖPNV eingeschränkt sein, weshalb diese TG neu eingerichtet und mit einer Verpflichtungsermächtigung (VE) von 40 Mio. Euro ausgestattet wird. Dadurch wird ein Start des kostenlosen Sozialtickets in diesem Herbst möglich, da durch die VE die im Folgejahr fälligen Abrechnungen der Verkehrsgesellschaften beglichen werden können. Mit den Mitteln werden die Träger, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, entlastet.

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern für Bedürftige kostenlos nutzbar zu machen, sollen von einem Sozialticket beispielsweise Bezieher von SGB-II-Leistungen sowie Haushalte mit einem Einkommen von bis zu 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens, die nach dieser allgemeinen Definition als „arm“ gelten, profitieren. Der Freistaat Bayern soll die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsverbünde ein solches Sozialticket einzuführen.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß lohnt sich für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.